



Thomas Krüger

Umsetzungsdefizite
der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie
in Deutschland



PETER LANG

Gegenstand der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter (Verbrauchsgüterkaufrichtlinie) ist die Harmonisierung der gesetzlichen Gewährleistungsregeln und der selbstständigen Garantien bei Kaufverträgen zwischen einem Unternehmer auf Verkäufer- und einem Verbraucher auf Käuferseite. Der deutsche Gesetzgeber hat sich nicht für eine so genannte 1:1-Umsetzung entschieden, sondern das gesamte Schuldrecht modernisiert, so dass sich die Frage stellt, inwieweit die deutsche Rechtsordnung den Richtlinienvorgaben im Einzelnen gerecht wird. Der Autor hat dies an ausgewählten Beispielen untersucht.

Thomas Krüger, geboren 1978 in Bad Oeynhausen; 1999–2005 Studium der Rechtswissenschaften in Bielefeld; 2005 Erste juristische Staatsprüfung; 2005–2006 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld; 2006–2009 Promotion; 2007–2009 Referendariat am Landgericht Bielefeld; 2009 Zweite juristische Staatsprüfung; seit 2009 Staatsanwalt StA Stuttgart.

www.peterlang.de

Umsetzungsdefizite der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie in Deutschland

Europäische Hochschulschriften

Publications Universitaires Européennes

European University Studies

Reihe II

Rechtswissenschaft

Série II Series II

Droit

Law

Bd./Vol. 4991



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Thomas Krüger

Umsetzungsdefizite
der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie
in Deutschland



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 2009

Gedruckt auf alterungsbeständigem,
säurefreiem Papier.

D 700

ISSN 0531-7312

ISBN 978-3-653-00260-7

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2010

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Meinem Vater zum Gedenken.

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2008 von der Juristischen Fakultät der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt in erster Linie meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Hans Schulte-Nölke, der die Arbeit wohlwollend betreut und mein Promotionsvorhaben freundlich unterstützt hat.

Ferner möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Markus Stoffels für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bedanken.

Herzlicher Dank gilt auch den Rechtsanwälten Dr. Jürgen M. Thiel und Eckard Weill in Minden/Westf., die es mir ermöglicht haben, die Promotion parallel zu meiner dortigen Kanzleitätigkeit abzuschließen.

Nicht zuletzt bedanke ich mich sehr herzlich bei meiner Mutter, Regina Krüger, die mich mit motivierendem Zuspruch nicht nur im Rahmen der Promotion, sondern in jeder Lebenslage auf meinem bisherigen Lebensweg begleitet und nach allen Kräften unterstützt hat.

Remseck am Neckar, im Oktober 2009

Dr. Thomas Krüger

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
 1. Kapitel: Einführung	 1
A. Einleitung	1
B. Problemstellung	1
C. Gang der Untersuchung	3
D. Methodische Vorüberlegungen.....	3
 2. Kapitel: Hierarchie der Sachmangelkriterien	 7
A. Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	7
I. Die Vertragsmäßigkeit im Sinne von Art. 2	7
II. Das Rangverhältnis der Kriterien des Art. 2 und Auswirkungen entgegenstehender Parteiabreden.....	15
III. Ergebnis	26
B. Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	27
I. Der Begriff des Sachmangels im Sinne von § 434 Abs. 1 BGB	27
II. Das Verhältnis der in § 434 Abs. 1 BGB umschriebenen Sachmangelkriterien zueinander.....	31
C. Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit.....	44
 3. Kapitel: Ausklammerung der Zuviellieferung beim Sachmangelbegriff	 47
A. Begriffsbestimmung und Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung	47
I. Begriffsbestimmung.....	47
II. Grundsätzliches Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung.....	49
B. Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	50
I. Verpflichtung zur Lieferung vertragsmäßiger Güter.....	50
II. Ergebnis	65
C. Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	65
I. Position der Rechtsprechung	65
II. Meinungsstand in der Literatur.....	66
III. Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit.....	85
D. Reparaturmöglichkeiten und Ergebnis	88
 4. Kapitel: Gleichzeitige Unverhältnismäßigkeit von Nachbesserung und Nachlieferung.....	 89
A. Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	89
I. Unmöglichkeit der Abhilfe	90
II. Unverhältnismäßigkeit der Abhilfe	98
III. Ergebnis	108
B. Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	108

I.	Unmöglichkeit der Nacherfüllung	109
II.	Unverhältnismäßigkeitseinrede	109
III.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit	125
C.	Reparaturmöglichkeiten und Ergebnis	125
5. Kapitel: Erfordernis des „Setzens“ einer Frist zur Nacherfüllung.....		127
A.	Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	127
I.	„nicht innerhalb einer angemessenen Frist“	127
II.	Ergebnis	132
B.	Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	132
I.	Position der Rechtsprechung	132
II.	Meinungsstand in der Literatur.....	133
III.	Eigene Bewertung.....	140
C.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit	150
6. Kapitel: Rücktritt und Minderung bei erfolgreicher Nacherfüllung.....		151
A.	Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	151
I.	„Abhilfe geschaffen hat“	151
II.	„nicht ohne erhebliche Unannehmlichkeiten“	162
III.	„nicht innerhalb einer angemessenen Frist“	170
B.	Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht.....	170
I.	Rücktritt	171
II.	Minderung.....	176
III.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit	187
C.	Reparaturmöglichkeiten und Ergebnis	188
7. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen		191
Anhang.....		195

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
 1. Kapitel: Einführung	 1
A. Einleitung	1
B. Problemstellung	1
C. Gang der Untersuchung	3
D. Methodische Vorüberlegungen.....	3
 2. Kapitel: Hierarchie der Sachmangelkriterien	 7
A. Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	7
I. Die Vertragsmäßigkeit im Sinne von Art. 2	7
1. Pflicht zur Lieferung dem Kaufvertrag gemäßer Güter, Art. 2 Abs. 1	7
2. Die Vermutungstatbestände des Art. 2 Abs. 2.....	8
a) Übereinstimmung mit Verkäuferbeschreibung etc. (lit. a)).....	8
aa) Übereinstimmung mit Verkäuferbeschreibung (1. Alt.).....	8
bb) Vorhandensein von Eigenschaften einer vorgelegten Probe oder eines Musters (2. Alt.).....	9
cc) Das Verhältnis der beiden Alternativen zueinander	9
b) Eignung für bestimmten Zweck (lit. b))	9
c) Eignung für gewöhnlichen Zweck (lit. c)).....	11
d) Vorhandensein üblicher Qualität etc. (lit. d))	11
aa) Übliche Qualität und Leistungen	12
bb) Verbrauchererwartungen hinsichtlich Qualität und Leistungen	12
(1) Beschaffenheit des Gutes.....	13
(2) Öffentliche Äußerungen	13
3. Die Bedeutung der Ausgestaltung als Vermutungen.....	14
II. Das Rangverhältnis der Kriterien des Art. 2 und Auswirkungen entgegenstehender Parteiabreden.....	15
1. Meinungsstand in der Literatur.....	15
a) Das Verhältnis der in Art. 2 Abs. 2 lit. c) zu lit. d) genannten objektiven Anforderungen zueinander	15
b) Auswirkungen einer Parteivereinbarung, die hinter den objektiven Anforderungen von Abs. 2 zurückbleibt oder sonst zu diesen in Widerspruch steht	17
aa) Erfordernis des Vorliegens der objektiven Kriterien.....	17
bb) Vorrang der Parteivereinbarung	18
2. Eigene Bewertung	20
a) Grammatische Auslegung.....	20
b) Systematische Auslegung	20
aa) Art. 6 Abs. 2.....	20
bb) Art. 7 Abs. 1 Satz 1.....	20
c) Historische Auslegung.....	21

aa)	Historische Entwicklung.....	21
bb)	Erwägungsgrund 8	22
cc)	Erwägungsgrund 22	22
d)	Teleologische Auslegung.....	23
aa)	Schaffung eines „Mindestsockels“ an Verbraucherrechten.....	23
bb)	Erreichung eines hohen Verbraucherschutzniveaus	23
e)	Rechtsvergleichen.....	25
III.	Ergebnis	26
B.	Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	27
I.	Der Begriff des Sachmangels im Sinne von § 434 Abs. 1 BGB	27
1.	Vereinbarte Beschaffenheit (Satz 1)	28
2.	Eignung für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung (Satz 2 Nr. 1).....	29
3.	Eignung für die gewöhnliche Verwendung und übliche Beschaffenheit	29
a)	§ 434 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BGB.....	29
b)	Einbeziehung öffentlicher Äußerungen (Satz 3)	30
II.	Das Verhältnis der in § 434 Abs. 1 BGB umschriebenen Sachmangelkriterien zueinander	31
1.	Das Verhältnis von Satz 1 zu Satz 2 Nr. 1	31
a)	Position der Rechtsprechung	31
aa)	Abweichen der Kaufsache von Beschaffenheitsvereinbarung	32
bb)	Keine Beschaffenheit vereinbart	32
cc)	Übereinstimmung der Kaufsache mit Beschaffenheitsvereinbarung	33
(1)	Die Entscheidung des <i>LG München I</i> vom 22. Oktober 2004.....	33
(2)	Die Entscheidung des <i>OLG Düsseldorf</i> vom 3. Dezember 2004	34
dd)	Zusammenfassung	35
b)	Meinungsstand in der Literatur.....	36
c)	Eigene Bewertung.....	38
aa)	Grammatische Auslegung.....	38
bb)	Systematische Auslegung	38
cc)	Historische Auslegung.....	38
dd)	Teleologische Auslegung.....	39
ee)	Rechtsvergleichen.....	40
ff)	Zusammenfassung	41
2.	Die Bedeutung von Satz 2 Nr. 2	41
a)	Position der Rechtsprechung	41
b)	Meinungsstand in der Literatur.....	42
c)	Eigene Bewertung.....	42
aa)	Grammatische Auslegung.....	42
bb)	Historische Auslegung.....	43
cc)	Teleologische Auslegung.....	43
dd)	Zusammenfassung	44
C.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit	44

3. Kapitel: Ausklammerung der Zuviellieferung beim Sachmangelbegriff	47
A. Begriffsbestimmung und Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung	47
I. Begriffsbestimmung	47
1. Meinungsstand in der Literatur	47
2. Eigene Bewertung	48
II. Grundsätzliches Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung	49
B. Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts	50
I. Verpflichtung zur Lieferung vertragsmäßiger Güter	50
1. Mengenabweichung als Regelungsgegenstand der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	50
a) Mengenabweichung als Vertragswidrigkeit	50
b) Mengenabweichung nicht von der Richtlinie erfasst	51
c) Eigene Bewertung	52
2. Zuviellieferung als Vertragswidrigkeit	53
a) Meinungsstand in der Literatur	53
aa) Zuviellieferung als Vertragswidrigkeit	53
bb) Keine Vertragswidrigkeit bei Zuviellieferung	54
b) Eigene Bewertung	56
aa) Grammatische Auslegung	56
bb) Systematische Auslegung	57
(1) Art. 2 Abs. 2 lit. b) bis d)	57
(2) Art. 2 Abs. 2 lit. a) (Übereinstimmung mit der vom Verkäufer gegebenen Beschreibung)	58
(3) Art. 3 Abs. 2, Abs. 3 (Nachbesserung)	58
(4) Art. 3 Abs. 2, Abs. 3 (Ersatzlieferung)	59
(5) Art. 3 Abs. 2, Abs. 5, dritter Spiegelstrich (Minderung)	59
(a) Verschaffung eines vertragsgemäßen Verbrauchsgutes	59
(b) Kompensation erheblicher Unannehmlichkeiten im Rahmen der Abhilfe	61
(c) Ergebnis	61
(6) Art. 3 Abs. 2, Abs. 5, Abs. 6 (Vertragsauflösung)	62
(7) Ergebnis	62
cc) Historische Auslegung	62
dd) Teleologische Auslegung	63
(1) Verbraucherschutz	63
(2) Rechtssicherheit	63
(3) Verjährung	64
ee) Rechtsvergleichung	64
II. Ergebnis	65
C. Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	65
I. Position der Rechtsprechung	65
II. Meinungsstand in der Literatur	66
1. Zuviellieferung als Sachmangel bzw. Gleichstellung	66
a) § 434 Abs. 3, 2. Alt. BGB (analog)	66
b) § 434 Abs. 1 BGB	67

2.	Behandlung der Zuviellieferung außerhalb der kaufrechtlichen Sachmangelgewährleistung	67
a)	Schadensersatz	68
b)	Grundsätze über die Lieferung unbestellter Sachen	69
c)	Ungerechtfertigte Bereicherung	69
d)	Andere Ansichten	70
3.	Eigene Bewertung	70
a)	Anwendbarkeit des § 434 BGB auf die Zuviellieferung	70
aa)	Grammatische Auslegung	70
(1)	Abs. 3	70
(2)	Abs. 1 Satz 1	70
bb)	Systematische Auslegung	71
(1)	Verhältnis von Abs. 1 Satz 1 zu Abs. 3, 2. Alt. BGB	71
(2)	Rechtsfolgen eines Sachmangels	71
cc)	Historische Auslegung	72
(1)	Abs. 3	72
(2)	Abs. 1 Satz 1	73
dd)	Teleologische Auslegung	74
ee)	Rechtsvergleichung	75
ff)	Ergebnis	75
b)	Rechte des Käufers außerhalb der Sachmangelgewährleistung	76
aa)	Schadensersatz	76
bb)	Grundsätze über die Lieferung unbestellter Sachen	77
cc)	Ungerechtfertigte Bereicherung	78
dd)	Kriterium der Nachteiligkeit	79
ee)	Quasi-negatorischer Beseitigungsanspruch	79
(1)	Rechtsgutsbeeinträchtigung durch Verkäufer	79
(2)	Beseitigungsanspruch	80
(3)	Kein Ausschluss	80
ff)	Geschäftsführung ohne Auftrag	81
(1)	Anwendbarkeit der Geschäftsführung ohne Auftrag	81
(2)	Besorgung eines fremden Geschäfts	81
(3)	Fremdgeschäftsführungswille	82
(4)	Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung	83
(5)	Interesse und Wille des Geschäftsherrn	83
(6)	Rechtsfolge: Aufwendungsersatz oder Herausgabe der Bereicherung	84
4.	Zusammenfassung	85
III.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit	85
1.	Beseitigungsanspruch	85
2.	Aufwendungsersatzanspruch	86
3.	§ 434 Abs. 1 Satz 1 BGB	87
D.	Reparaturmöglichkeiten und Ergebnis	88

4. Kapitel: Gleichzeitige Unverhältnismäßigkeit von Nachbesserung und	
Nachlieferung.....	89
A. Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	89
I. Unmöglichkeit der Abhilfe	90
1. Meinungsstand in der Literatur.....	90
2. Eigene Bewertung.....	93
a) Autonome Auslegung oder Verweis auf nationales Recht	93
b) Reichweite des Unmöglichkeitsbegriffs	94
aa) Grammatische Auslegung.....	94
bb) Systematische Auslegung	95
cc) Historische Auslegung.....	95
dd) Teleologische Auslegung.....	95
ee) Rechtsvergleichung.....	97
c) Ergebnis	97
II. Unverhältnismäßigkeit der Abhilfe	98
1. Position der Rechtsprechung	98
2. Meinungsstand in der Literatur.....	98
a) Keine gleichzeitige Unverhältnismäßigkeit von Nachbesserung und	
Ersatzlieferung	98
b) Gleichzeitiger Ausschluss beider Abhilfealternativen	99
3. Eigene Bewertung.....	101
a) Grammatische Auslegung.....	101
b) Systematische Auslegung	103
c) Historische Auslegung.....	103
aa) Entstehungsgeschichte.....	103
bb) 11. Erwägungsgrund	104
d) Teleologische Auslegung.....	105
e) Rechtsvergleichung.....	107
III. Ergebnis	108
B. Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	108
I. Unmöglichkeit der Nacherfüllung.....	109
II. Unverhältnismäßigkeitseinrede	109
1. § 275 Abs. 2 und Abs. 3 BGB	110
2. § 439 Abs. 3 BGB.....	110
a) Position der Rechtsprechung	110
aa) Instanzgerichtliche Rechtsprechung	111
(1) Das Urteil des <i>Landgerichts Ellwangen</i>	111
(2) Der Beschluss des <i>Oberlandesgerichts Braunschweig</i>	111
(3) Stellungnahme	112
bb) Der Vorlagebeschluss des <i>Bundesgerichtshofs</i>	113
b) Meinungsstand in der Literatur.....	114
aa) Absolute Unverhältnismäßigkeit	115
bb) Relative Unverhältnismäßigkeit	116
(1) Restriktive Auslegung von § 439 Abs. 3 Satz 3, 2. HS BGB.....	117
(2) Teleologische Reduktion von § 439 Abs. 3 Satz 3, 2. HS BGB	118

(3)	Absolute Unverhältnismäßigkeit als Unterfall des gemeinschaftsrechtlichen Unmöglichkeitbegriffs.....	119
c)	Eigene Bewertung.....	120
aa)	Grammatische Auslegung.....	120
bb)	Systematische Auslegung.....	120
cc)	Historische Auslegung.....	121
dd)	Teleologische Auslegung.....	121
ee)	Rechtsvergleichung.....	123
3.	Ergebnis.....	124
III.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit.....	125
C.	Reparaturmöglichkeiten und Ergebnis.....	125
5.	Kapitel: Erfordernis des „Setzens“ einer Frist zur Nacherfüllung.....	127
A.	Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	127
I.	„nicht innerhalb einer angemessenen Frist“.....	127
1.	Meinungsstand in der Literatur.....	127
a)	Erforderlichkeit der Fristsetzung.....	128
b)	Kein Fristsetzungserfordernis.....	128
2.	Eigene Bewertung.....	129
a)	Grammatische Auslegung.....	129
b)	Systematische Auslegung.....	129
c)	Historische Auslegung.....	129
d)	Teleologische Auslegung.....	130
e)	Rechtsvergleichung.....	131
II.	Ergebnis.....	132
B.	Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht.....	132
I.	Position der Rechtsprechung.....	132
II.	Meinungsstand in der Literatur.....	133
1.	„Kein“ Fristsetzungserfordernis nach deutschem Recht.....	134
2.	Vereinbarkeit des Fristsetzungserfordernisses mit Richtlinienvorgaben.....	135
3.	Richtlinienkonforme Auslegung nationaler Vorschriften.....	136
a)	§ 323 Abs. 1 BGB.....	136
b)	§ 440 Satz 2, 2. Alt. BGB.....	137
c)	§ 440 Satz 1, 3. Alt. BGB.....	138
d)	§ 323 Abs. 2 Nr. 3 BGB.....	138
e)	§ 440 Satz 1, 2. Alt. BGB.....	139
4.	Ergebnis.....	139
III.	Eigene Bewertung.....	140
1.	§ 323 Abs. 2 Nr. 3 BGB.....	140
a)	Grammatische Auslegung.....	140
b)	Systematische Auslegung.....	140
c)	Historische Auslegung.....	141
aa)	Rücktritt.....	141

bb)	Minderung.....	142
d)	Teleologische Auslegung.....	142
e)	Ergebnis	144
2.	§ 440 Satz 1, 2. Alt. BGB	144
a)	Grammatische Auslegung.....	144
b)	Systematische Auslegung	146
c)	Historische Auslegung.....	147
d)	Teleologische Auslegung.....	149
e)	Rechtsvergleichung.....	149
f)	Ergebnis	149
C.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und Reparaturbedürftigkeit.....	150
6. Kapitel:	Rücktritt und Minderung bei erfolgreicher Nacherfüllung.....	151
A.	Die Vorgaben der Richtlinie und Bestimmung des Richtlinieninhalts.....	151
I.	„Abhilfe geschaffen hat“	151
1.	Meinungsstand in der Literatur.....	151
a)	Wortlautgetreue Ansicht.....	151
b)	Restriktive Auslegung.....	154
2.	Eigene Bewertung.....	155
a)	Grammatische Auslegung.....	155
b)	Systematische Auslegung	156
c)	Historische Auslegung.....	156
aa)	Historische Entwicklung.....	156
bb)	10. Erwägungsgrund	158
cc)	Zwischenergebnis	158
d)	Teleologische Auslegung.....	158
aa)	Sinn und Zweck der sekundären Rechtsbehelfe nach erfolgreicher Abhilfe	158
bb)	Entstehung und Erlöschen der sekundären Rechtsbehelfe	159
(1)	Vertragsauflösung.....	160
(2)	Minderung.....	161
cc)	Zwischenergebnis	161
e)	Rechtsvergleichung.....	161
3.	Ergebnis	162
II.	„nicht ohne erhebliche Unannehmlichkeiten“	162
1.	Position der Rechtsprechung	163
2.	Meinungsstand in der Literatur.....	164
a)	Beeinträchtigung anderer Güter des Verbrauchers.....	164
b)	Anlehnung an Art. 48 CISG	164
c)	Anzahl misslungener Nachbesserungsversuche	165
d)	Verweigerung der Abhilfe	166
3.	Eigene Bewertung.....	166
a)	Grammatische Auslegung.....	166
b)	Systematische Auslegung	166

aa)	Art. 3 Abs. 3 Satz 2, dritter Spiegelstrich	166
bb)	Art. 3 Abs. 3 Satz 3	166
c)	Historische Auslegung	167
d)	Teleologische Auslegung	168
e)	Rechtsvergleichung	169
4.	Ergebnis	170
III.	„nicht innerhalb einer angemessenen Frist“	170
B.	Die nationale Regelung nach Umsetzung in das deutsche Recht	170
I.	Rücktritt	171
1.	Position der Rechtsprechung	171
2.	Meinungsstand in der Literatur	171
a)	§ 324 i. V. m. § 241 Abs. 2 BGB	171
b)	§ 440 Satz 1, 3. Alt. BGB	172
3.	Eigene Bewertung	173
a)	Grammatische Auslegung	173
b)	Systematische Auslegung	174
c)	Historische Auslegung	175
d)	Teleologische Auslegung	175
e)	Rechtsvergleichung	176
4.	Ergebnis	176
II.	Minderung	176
1.	Position der Rechtsprechung	176
2.	Meinungsstand in der Literatur	177
a)	§ 441 BGB	177
b)	§ 441 BGB analog	177
c)	§ 439 Abs. 2 BGB	178
d)	Schadensersatz	179
aa)	§§ 437 Nr. 3, 280 Abs. 1 BGB	179
bb)	§ 282 BGB	179
cc)	Eigene Bewertung: Ablehnung einer Lösung im Wege des Schadensersatzes	179
(1)	Pflichtverletzung	179
(2)	Schaden	180
(3)	Verschulden	180
e)	§ 242 BGB	181
3.	Eigene Bewertung	181
a)	Grammatische Auslegung	181
aa)	Aufwendungen	182
bb)	Erforderlichkeit zum Zwecke der Nacherfüllung	183
cc)	Zwischenergebnis	184
b)	Systematische Auslegung	184
c)	Historische Auslegung	185
d)	Teleologische Auslegung	186
e)	Rechtsvergleichung	187
4.	Ergebnis	187

III.	Abweichungen von den Richtlinienvorgaben und	
	Reparaturbedürftigkeit	187
C.	Reparaturmöglichkeiten und Ergebnis	188
7. Kapitel:	Zusammenfassung in Thesen	191
Anhang		195

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl.	Amtsblatt
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz, Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AGBG	AGB-Gesetz, Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AnwKomm	Anwaltkommentar
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
Beschl.	Beschluss/Beschlüsse
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (A/CONF. 97/18, annex I), O.R., S. 178 ff., YB XI (1980), S. 151 ff.)
CMLR	Common market law reports
d.	der/des
d. h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DtZ	Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft

EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EPRL	European Review of Private Law
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht
f(f).	folgend(e)
FS	Festschrift
GVBC	Garantías en la Venta de Bienes de Consumo (Spanisches Gesetz über Garantien im Verbrauchsgüterkauf)
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber/in
HS	Halbsatz
i. S.	im Sinne
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IStR	Internationales Steuerrecht
JJZ	Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
LG	Landgericht
Lit.	Litera
NJOZ	Neue juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer(n)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
O.R.	Official Records
OLG	Oberlandesgericht
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RE	Regierungsentwurf
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
S.	Seite(n)/Section
SigG	Signaturgesetz
StVj	Steuerliche Vierteljahresschrift
t	Tonne(n)

UA	Unterabsatz
Urt.	Urteil(e)
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von/vom
Verf.	Verfasser(s)
VersR	Versicherungsrecht
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VuR	Verbraucher und Recht
YB	UNCITRAL-Yearbook, New York: United Nations Publication (1971 ff.)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschafts- recht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht

Im Übrigen wird verwiesen auf *Kirchner*, Hildebert, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 5. Auflage, Berlin 2003.

